
Beschluss der 99. Vollversammlung am 09.05.2026 im „Flensborghus“, Norderstraße 76, Flensburg

Schleswig-Holstein von morgen: Unsere Forderungen für junge Menschen zur Landtagswahl 2027

Junge Menschen sind die Zukunft. Sie sind das Wertvollste, das eine Gesellschaft hat. Die Vollversammlung des Landesjugendrings Schleswig-Holstein fordert das neu gewählte Parlament und die neue Landesregierung auf, Jugendgerechtigkeit zu einem ihrer Kernziele zu machen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Rechte und Bedürfnisse junger Menschen – von der Corona-Pandemie über die Klimakrise bis hin zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen – viel zu oft nachrangig behandelt werden. Die kommende Legislaturperiode muss dazu genutzt werden, jungen Menschen die richtigen Rahmenbedingungen für ihr Aufwachsen zu geben.

Wir fordern eine Jugendpolitik, die nicht reaktiv, sondern vorausschauend handelt. Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein haben ein Recht auf Teilhabe, auf Schutz, auf Bildung und auf eine Zukunft in einem demokratischen, vielfältigen Land. Diese Forderungen richten sich an alle demokratischen Parteien im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

1. Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendhilfe stärken – Zukunft sichern

Die Kinder- und Jugendhilfe ist ein gesetzlich verankertes Recht (SGB VIII). Dennoch sind viele Träger der Jugendarbeit, Jugendverbände und offene Einrichtungen strukturell unterfinanziert. Die Vollversammlung des Landesjugendrings Schleswig-Holstein fordert daher:

- Die Dynamisierung der Landesförderung für Jugendverbände und Jugendringe: Fördermittel müssen automatisch an Tarif- und Preissteigerungen angepasst werden.
- Die Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots der Kinder- und Jugendhilfe in Stadt und Land – insbesondere in strukturschwachen Regionen des Landes.
- Den Ausbau und die nachhaltige Finanzierung niedrigschwelliger Unterstützungsangebote für junge Menschen, insbesondere für solche in besonderen Lebenslagen.
- Die Anerkennung der Jugendverbandsarbeit als eigenständigen Bildungsort: Mit über 500.000 erreichten jungen Menschen leisten die Jugendverbände in SH einen unverzichtbaren Beitrag zu demokratischer Bildung, sozialem Lernen und gesellschaftlichem Zusammenhalt.
- Ein Investitionspaket für die bauliche Infrastruktur von Jugendzentren, Jugendunterkünften, Jugendbildungsstätten und Vereinsheimen zur Erfüllung von Barrierefreiheit, Brandschutz, energetischer Sanierung und gendergerechter Sanitäreinrichtungen.
- Die Schaffung 15 zusätzlicher Bildungsreferent*innenstellen auf Landesebene sowie angemessene Vergütung auf tariflicher Basis mit mindestens 80% Landesförderung.

2. Mentale Gesundheit junger Menschen – Unterstützung vorhalten

Die psychische Gesundheit junger Menschen ist eine der drängendsten sozialpolitischen Aufgaben unserer Zeit. Studien belegen anhaltend hohe Belastungswerte bei Kindern und Jugendlichen. Lange Wartezeiten auf Therapieplätze, fehlende schulische Unterstützung und mangelnde Prävention verschärfen die Lage. Die Vollversammlung des Landesjugendrings Schleswig-Holstein fordert daher:

- Ein Sofortprogramm zur Erweiterung psychotherapeutischer und psychiatrischer Versorgungskapazitäten für Kinder und Jugendliche – insbesondere in ländlichen Regionen.

- Den Ausbau niedrigschwelliger Beratungs- und Unterstützungsangebote an Schulen, Berufsschulen und in der offenen Kinder- und Jugendarbeit ohne Wartezeiten.
- Die Sicherung und den Ausbau von Weiterbildungskapazitäten und Beratungsstrukturen für Jugendverbände und Träger der Jugendarbeit: Diese sind oft erste Anlaufstellen und müssen entsprechend ausgestattet werden.

3. Wohnen und Mobilität – jugendgerecht und erschwinglich

Bezahlbares Wohnen für junge Menschen

Steigende Mieten und fehlende Wohnraumangebote gefährden die Selbstständigkeit junger Menschen. Besonders Auszubildende, Studierende und junge Familien sind betroffen. Die Vollversammlung des Landesjugendrings Schleswig-Holstein fordert daher:

- Die Aktive Förderung des sozialen Wohnungsbaus für junge Menschen in Stadt und Land, insbesondere in der Nähe von Berufsschulen und Ausbildungszentren.
- Die Kostenübernahme für die auswärtige Unterbringung von Berufsschüler*innen in Landesfachklassen bei Blockunterricht.
- Die Einführung eines Landeswohngeldzuschusses für Auszubildende, die aufgrund von Landesfachklassen auswärtig wohnen müssen.

Jugendgerechter ÖPNV mit Mobilitätsgarantie

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für Teilhabe. Gerade im ländlichen Schleswig-Holstein ist die ÖPNV-Anbindung für viele junge Menschen mangelhaft. Die Vollversammlung des Landesjugendrings Schleswig-Holstein fordert daher:

- Die Einführung eines kostenlosen oder in einem ersten Schritt stark vergünstigten Landesjugendtickets für alle unter 27-jährigen – als konkreten Schritt hin zu kostenlosem ÖPNV für junge Menschen.
- Eine Mobilitätsgarantie: Kein junger Mensch in Schleswig-Holstein darf aufgrund fehlender Anbindung von Bildungs-, Freizeit- oder Ausbildungsangeboten ausgeschlossen sein.
- Eine Erhöhung der Taktfrequenz und die Verlängerung der Betriebszeiten im ÖPNV, insbesondere in ländlichen Räumen und am Wochenende.
- Einen kostenlosen ÖPNV für alle Inhaber*innen der Juleica (Jugendleiter*innen-Card).

4. Ausbildungsplätze sichern – Zukunftschancen stärken

Die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze sinkt. Gleichzeitig bleiben viele Stellen unbesetzt, weil Passgenauigkeit und Rahmenbedingungen nicht stimmen. In diesem Zusammenhang liegen bereits konkrete Reformvorschläge vor, die der Landesjugendring unterstützt. Die Vollversammlung des Landesjugendrings Schleswig-Holstein fordert daher:

- Die Einführung einer Ausbildungsgarantie auf Landesebene: Alle Jugendlichen in Schleswig-Holstein, die einen Ausbildungsplatz suchen, müssen eine realistische Chance auf eine passende Ausbildung erhalten.
- Die stärkere finanzielle Unterstützung von Ausbildungsbetrieben, die in Regionen oder Branchen mit rückläufigem Angebot ausbilden durch einen umlagefinanzierten Ausbildungsfonds.
- Die Verbesserung der Ausbildungsqualität und -bedingungen: Die Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes muss konsequent überprüft und durchgesetzt werden.
- Die Schaffung zusätzlicher Maßnahmen zur Berufsorientierung, insbesondere für Mädchen* und junge Frauen* sowie den aktiven Einsatz für gleiche Aufstiegschancen und gleiche Bezahlung.
- Die Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen orientiert an den Bedürfnissen junger Menschen und unter ihrer aktiven Beteiligung.
- Ein ausreichendes DaZ-Angebot (Deutsch als Zweitsprache) für junge Menschen mit Migrationshintergrund als Voraussetzung für chancengleiche Ausbildungsaufnahme.

5. Wehrdienst-Debatte und Freiwilligendienste – Frei:will:ich!

Die gesellschaftliche Debatte um die Wiedereinführung eines Pflichtdienstes – ob militärisch oder zivil – betrifft junge Menschen unmittelbar. Die Vollversammlung des Landesjugendrings Schleswig-Holstein bekennt sich zum Prinzip der Freiwilligkeit als Grundlage jedes gesellschaftlichen Engagements und positioniert sich klar:

- Die Freiwilligkeit muss bei Freiwilligendiensten gewahrt bleiben: Ein Pflichtdienst widerspricht dem Grundprinzip bürgerschaftlichen Engagements und gefährdet die Kultur der echten Freiwilligkeit.
- Die selbstbestimmte Entscheidungsfindung junger Menschen muss unterstützt werden: Das Land Schleswig-Holstein soll ein flächendeckendes, unabhängiges Beratungsangebot für junge Menschen einrichten, die einen Eintritt in die Bundeswehr oder andere Dienste erwägen – offen, objektiv und ohne Werbezweck.
- Ein auf Bundesebene eingeführter verpflichtender Wehrdienst muss von einem vollwertig gleichgestellten Zivildienst und Freiwilligendienst als echte Alternativen begleitet sein – mit gleicher finanzieller Anerkennung und gleicher gesellschaftlicher Wertschätzung.
- Die finanzielle Vergütung im Freiwilligendienst [z.B. im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) und (Ökologischen) Bundesfreiwilligendienst ((Ö)BFD)] muss deutlich angehoben werden, sodass diese Dienste existenzsichernd sind, beispielsweise durch Orientierung am Bafög-Höchstsatz.
- Jugendverbände als Träger von FSJ, FÖJ und (Ö)BFD müssen in die politische Debatte um Dienstpflichten gleichwertig einbezogen werden. Ihre strukturellen Kapazitäten und ihre pädagogische Ausrichtung müssen bei jeder Reform berücksichtigt werden.
- Sollte ein Pflichtdienst kommen: Die finanziellen Mittel für Jugendfreiwilligendienste müssen entsprechend steigen, damit Verbände nicht in unfairer Konkurrenz zu staatlich finanzierten Pflichtdiensten stehen.

6. Social-Media-Verbotsdebatte – Medienkompetenz statt Verbote

In der politischen Debatte werden zunehmend Verbote und Einschränkungen von Social-Media-Nutzung für Kinder und Jugendliche gefordert. Der Landesjugendring teilt die Sorgen um die psychische Gesundheit und die Datensicherheit junger Menschen – lehnt jedoch pauschale Verbote als untauglich und kontraproduktiv ab. Auf Basis der Anhörungen und Beteiligungsformate des Landesjugendrings fordert die Vollversammlung des Landesjugendrings Schleswig-Holstein daher:

- Die Stärkung von Medienkompetenz als fächerübergreifendes Pflichtthema in Schulen, Jugendarbeit und Ausbildung – mit ausreichenden Ressourcen für Fachkräfte und Materialien.
- Die konsequente Durchsetzung bestehender Daten- und Jugendschutzregelungen gegenüber Plattformbetreibern durch Landesbehörden und andere zuständige Behörden, statt Verbote für Nutzer*innen.
- Die Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung von Medien- und Digitalrichtlinien, insbesondere auf Landesebene – junge Menschen sind Expert*innen ihrer eigenen Medienwelt.
- Die Förderung alternativer digitaler Angebote und Plattformen, die demokratischen und datenschutzrechtlichen Standards entsprechen.
- Kein generelles Social-Media-Verbot für unter-18-Jährige: Digitale Teilhabe ist ein Teil gesellschaftlicher Teilhabe und muss begleitet, nicht verhindert werden.
- Die Unterstützung von Eltern, Erziehungsberechtigten und pädagogischen Fachkräften durch Fortbildungen und Materialien zur begleiteten Mediennutzung.

7. Demokratie stärken – Rechtsdruck entschlossen begegnen

Der Landesjugendring beobachtet mit großer Sorge, wie demokratiefeindliche, rechtsextreme Positionen zunehmend gesellschaftsfähig werden, an politischem Einfluss gewinnen und teilweise bereits politisches Handeln bestimmen. Wir sind eine Gemeinschaft von Jugendverbänden, die für Vielfalt, Toleranz und Offenheit stehen. Die Vollversammlung des Landesjugendrings SH fordert die demokratischen Parteien des Schleswig-Holsteinischen Landtags auf, uns in diesen Werten entschieden zu stärken:

- Ein klares politisches Bekenntnis aller demokratischen Parteien zu den Werten von Vielfalt, Toleranz und Offenheit – in Worten und in konkretem Handeln.
- Den Ausbau und nachhaltige Förderung der politischen Bildung und demokratischen Jugendarbeit: Demokratie muss gelernt, gelebt und verteidigt werden.
- Die Unterstützung einer vielfältigen, unabhängigen und werteorientierten Jugendarbeit im ganzen Land.
- Die Stärkung der Strukturen zur Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit – insbesondere in der Fläche und im ländlichen Raum.
- Das entschlossene Vorgehen gegen Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit sowie alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
- Die Förderung von LSBTIQA*-Angeboten und Schutz von queeren jungen Menschen vor Diskriminierung und Gewalt.
- Den Schutz von Minderheiten: Der Landesjugendring erwartet, dass das Land aktiv den Schutz aller Minderheiten – einschließlich nationaler Minderheiten in Schleswig-Holstein – gewährleistet.
- Die gemeinsame Entwicklung von Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie und der gesellschaftlichen Solidarität mit den Jugendverbänden und der übrigen Zivilgesellschaft.
- Keine Zusammenarbeit mit Parteien, welche die Menschenwürde oder demokratische Grundrechte infrage stellen.

8. Beteiligung, Jugendcheck und Schulpolitik – Teilhabe sicherstellen

Jugendcheck und Beteiligungsrechte

Die Bedürfnisse junger Menschen müssen systematisch in politische Entscheidungen einfließen. Die Vollversammlung des Landesjugendrings Schleswig-Holstein fordert daher:

- Eine breit angelegte und verbindliche Umsetzung einer Jugendbeteiligungsstrategie, die sich durch vielfältige Formate, Methoden und Zugänge auszeichnet.
- Den Ausbau echter, lebensweltbezogener Jugendbeteiligung auf allen Ebenen – Kommune, Kreis und Land – mit ausreichender personeller und finanzieller Ausstattung.
- Die Einführung eines verbindlichen Jugendchecks auf Landesebene: Alle Gesetzesvorhaben und politischen Maßnahmen werden auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen geprüft.
- Die ressortübergreifende Verbindlichkeit des Jugendchecks, angesiedelt außerhalb der Verwaltung, unter Beteiligung von Jugendverbänden und einem unabhängigen Beirat.
- Ein Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen §47f der Gemeindeordnung.

Schule und Ausbildung

Schule muss sich vom Lernort zum Lebensort weiterentwickeln. Sie soll ein Ort zum Wohlfühlen und gemeinsamen wachsen sein, keine reine Leistungsmaschinerie. Die Vollversammlung des Landesjugendrings Schleswig-Holstein fordert daher:

- Die maximale Wochenbelastung von 35 Stunden für Schüler*innen inklusive Schulweg und Hausaufgaben.
- Kein Unterricht oder entsprechende Nachholangebote an Schulen in den Schulferien: Ferien dienen der Erholung, Ferienfreizeiten bleiben in der Hand freier Träger der Jugendarbeit.

- Den Ganztagschulausbau unter echter Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Jugendverbänden und Vereinen fortzuführen.
- Für junge Geflüchtete: Den Zugang zu öffentlichen Schulen vom ersten Tag an sowie ausreichende DaZ-Angebote.
- Die Stärkung der Schüler*innenvertretungen mit qualifizierter Unterstützung und ausreichenden Ressourcen.

Die Vollversammlung des Landesjugendrings Schleswig-Holstein fordert alle demokratischen Parteien im Landtag auf, diese Forderungen in der kommenden Legislaturperiode ernsthaft aufzugreifen und sie bereits in ihren Wahlprogrammen und im Koalitionsvertrag zu verankern. Junge Menschen sind keine Randgruppe – sie sind die Gesellschaft von morgen. Jugendpolitik ist Zukunftspolitik und eine nachhaltige Investition in eine demokratische Gesellschaft.